

**Antrag 2018/L/01****Landesvorstand der AsF RLP****Gerechtigkeit heißt SPD**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:  
2 Nicht nur in Deutschland, auch in vielen Ländern Euro-  
3 pas beobachten wir derzeit einen erschreckenden Ver-  
4 trauensverlust der sozialdemokratischen Parteien. Da-  
5 bei ist gerade heute, jetzt, eine starke Sozialdemokra-  
6 tie wichtig für unser Land und Europa. Die SPD ist in  
7 ihrer stolzen Geschichte lange Garant für Frieden, Frei-  
8 heit, Solidarität und Gleichberechtigung gewesen. In  
9 den letzten Jahren haben die Menschen jedoch das  
10 Vertrauen in die Partei, die mehr als alle anderen für  
11 Gerechtigkeit steht, verloren. „Wir wollen uns als Par-  
12 tei erneuern und Vertrauen zurückgewinnen.“, lautet  
13 der Beschluss des Parteivorstands im April 2018. Dabei  
14 muss sich die SPD nicht neu erfinden, sie muss sich ih-  
15 rer Wurzeln erinnern: friedenssichernd, sozial, demo-  
16 kratisch und ökologisch. Unsere Demokratie darf nicht  
17 marktkonform sein, sondern der Markt muss demo-  
18 kratisch und sozial gestaltet werden. Hierfür wollen  
19 wir sozialdemokratische Antworten finden, wie sich  
20 der Staat, wie sich Europa entwickeln soll, auch mutig  
21 wieder Visionen denken, neue Wege beschreiten und  
22 Fehler der Vergangenheit korrigieren.  
23 I. Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit! Wir brau-  
24 chen einen gerechten Familienlastenausgleich! Die  
25 derzeitige Besteuerung von Familien ist nicht zeitge-  
26 mäß und benachteiligt die Familien und insbesonde-  
27 re Alleinerziehende mit wenig Einkommen. Von sich  
28 ausweitender Armut bis in den Mittelstand hinein  
29 sind Familien mit Kindern besonders betroffen. Das  
30 Verarmungsrisiko für Einelternfamilien, Familien mit  
31 mehreren Kindern und erwerbslosen Eltern ist beson-  
32 ders hoch. Kinderarmut darf es in einem so reichen  
33 Land wie unserem nicht geben. Daher fordern wir  
34 den Mut zu einer Gesamtlösung und einen grundsätz-  
35 lichen Systemwechsel zur Kindergrundsicherung, so  
36 dass restlos alle Kinder vor Armut geschützt sind.  
37 Die Kindergrundsicherung schafft soziale Gerechtig-  
38 keit und ist eine unmittelbare Förderung von Kindern,  
39 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, solidarisch und  
40 fair. Die Umsetzung der Entscheidung des Bundes-  
41 verfassungsgerichts zur steuerlichen Freistellung des  
42 Existenzminimums sowie des Betreuungs-, Bildungs-  
43 und Erziehungsbedarfs in der jetzigen Form geht an  
44 den Familien vorbei, deren selbst erwirtschaftetes Ein-  
45 kommen nicht zur Ausschöpfung der Steuerfreibeträ-  
46 ge ausreicht. Um Steuergerechtigkeit für Familien mit  
47 Kindern zu erreichen, muss als ersten Schritt das Kin-  
48 dergeld mindestens die steuerliche Wirkung des Kin-  
49 derfreibetrages beim Spitzensteuersatz erreichen, das

Die Empfehlung der Antragskommission folgt auf dem Parteitag.

50 heißt, auf mehr als 300 € angehoben werden.  
51 Solange Vermögende und finanzstarke Unternehmen  
52 keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des  
53 Gemeinwesens leisten müssen, bleibt unser Steuer-  
54 system ungerecht. Damit die Kluft zwischen arm und  
55 reich nicht weiter auseinanderdriftet, und unsere Ge-  
56 sellschaft spaltet, sind starke Schultern wieder mehr  
57 in die Pflicht zu nehmen. Wir brauchen mehr Steuer-  
58 gerechtigkeit durch

- 59 • Anhebung des Spitzensteuersatzes auf wieder 49 %  
60 bei gleichzeitiger Senkung der Steuersätze im unte-  
61 ren Einkommensteuerbereich
- 62 • Abschaffung der Abgeltungssteuer
- 63 • Einführung der Vermögenssteuer
- 64 • Ahndung von Steuerbetrug als gravierende Verstöße  
65 gegen die Gesellschaft und Verhinderung von Ver-  
66 dunklungsmöglichkeiten

67

68 II. Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft! Wir  
69 brauchen Wege aus Hartz IV! Die Regelung zum Ar-  
70beitslosengeld I und Arbeitslosengeld II hat die SPD  
71 ihre Glaubwürdigkeit als Partei für soziale Gerechtig-  
72 keit gekostet und zu einer Entsolidarisierung inner-  
73 halb unseres Sozialversicherungssystem geführt: die  
74 Abstiegsstreppe wurde steiler, wer fiel, fiel schneller  
75 und kam kaum wieder hoch. Um dies wieder umzu-  
76 kehren, muss die SPD gerade im Bereich der Sozial-  
77 politik klare Grundsätze verkörpern. Wir fordern da-  
78 her eine Umkehr zu einer gerechten und solidarischen  
79 Sozialpolitik und hierfür eine deutliche Korrektur von  
80 Hartz IV durch

- 81 • Abbau der Hürden für den Arbeitslosengeldbezug  
82 durch Erleichterung des Zugangs zur Arbeitslosen-  
83 versicherung, indem die Rahmenfrist von zwei auf  
84 wieder drei Jahre verlängert wird, d.h. dass innerhalb  
85 von drei statt zwei Jahren wieder zwölf Monate ge-  
86 arbeitet werden muss, um Anspruch auf Arbeitslo-  
87 sengeld zu haben.
- 88 • Erhöhung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I  
89 auf bis zu 36 Monate, in Abhängigkeit von vorheri-  
90 gen Beschäftigungszeiten und dem Alter.
- 91 • Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes, das  
92 oberhalb des Grundsicherungsniveaus für Alleinle-  
93 bende liegt.
- 94 • Erhöhung und Neuberechnung der Regelsätze.
- 95 • Abschaffung der Sanktionen.
- 96 • Anpassung der Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II  
97 an ALG I.
- 98 • Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stu-  
99 fen und Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Eu-  
100 ro kann immer 20 % des Zuverdienstes pro Monat  
101 behalten werden und der Deckel von 1200 Euro pro  
102 Monat entfällt. Das betrifft insbesondere Saisonar-

103 beiter\*innen wie Erntehelfer und Menschen, die wie  
104 z.B. Schauspieler oder Grafikdesigner, die von Aufträ-  
105 gen leben.

106 III. Wir brauchen eine Rente, von der die Menschen  
107 leben können. Derzeit leben rund 2,7 Millionen Men-  
108 schen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind  
109 von Armut bedroht, in hohem Maß davon betroffen  
110 sind schon heute Frauen. Der Hälfte der 55- bis 64-  
111 jährigen Arbeitnehmer wird im Ruhestand Geld zur  
112 Wahrung ihres gewohnten Lebensstandards fehlen.  
113 Zu dieser Einschätzung kommt eine Studie des Deut-  
114 schen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Dem-  
115 nach fehlen den Betroffenen im Schnitt 700 Euro pro  
116 Monat. Damit sei es Millionen Menschen in Deutsch-  
117 land nicht möglich, ihren aktuellen Konsum inklusi-  
118 ve Wohnen zu finanzieren, heißt es. Überdurchschnitt-  
119 lich oft treffe dies Frauen, Singles, Un- und Angelernte  
120 sowie Selbstständige. Selbst wenn im Ruhestand  
121 Ausgaben z.B. für das Pendeln zur Arbeit wegfallen,  
122 müssten Ältere mehr für Krankheit und Pflege ausge-  
123 ben, heißt es in der DIW-Studie, die von der gewerk-  
124 schaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung finanziert wurde.  
125 Aktuell verdienen 44 Prozent der sozialversicherungs-  
126 pflichtig Erwerbstätigen weniger als monatlich 2.500  
127 Euro brutto. Rechnet man noch die 5,14 Millionen Mini-  
128 jobber hinzu, verdienen deutschlandweit rund 50 Pro-  
129 zent aller Beschäftigten weniger als 2.500 Euro brut-  
130 to. Frauen sind von Altersarmut am meisten betrof-  
131 fen. 62 Prozent der Frauen im Westen und 68 Pro-  
132 zent der Frauen im Osten verdienen laut einer Studie  
133 des Pestel-Institutes von 2018 weniger als 2.500 Eu-  
134 ro im Monat. Dazu kommt, dass Frauen für Kinder-  
135 erziehung oder die Pflege von Angehörigen oft ihre Er-  
136 werbstätigkeit unterbrechen mit der Folge, dass viele  
137 Frauen weniger Beitragsjahre in der Rentenkasse an-  
138 sammeln können. Weiter führt die Studie aus, dass  
139 Menschen, die nur auf 40 oder 30 Beitragsjahre kom-  
140 men, auf Hartz-IV-Niveau abrutschen. Ohne politische  
141 Veränderungen sinkt das Rentenniveau von heute 48  
142 Prozent innerhalb der nächsten 25 Jahre auf 42 Pro-  
143 zent.

144 Private Vorsorge löst das Problem nicht Bei der Stu-  
145 die des Pestel Institut wurde auch berücksichtigt, dass  
146 viele Arbeitnehmer nicht oder nicht ausreichend pri-  
147 vat vorsorgen (können), etwa mit einer Riester-Rente.  
148 Allein bei denen mit einem Monatseinkommen von  
149 1500 bis 2500 Euro brutto seien das 4,9 Millionen, die  
150 im Alter von Grundsicherung leben müssten. Dazu kä-  
151 men rund neun Millionen Arbeitnehmer mit einem  
152 Einkommen unter 1500 Euro brutto, die auch mit pri-  
153 vater Vorsorge nicht über das Grundsicherungsniveau  
154 kommen.

155 Ein Schritt in die richtige Richtung Im August wur-

156 de vom Bundeskabinett das von SPD und Union aus-  
157 gehandelte Rentenpaket beschlossen. Das Paket sieht  
158 unter anderem vor, dass das aktuelle Rentenniveau  
159 von 48 Prozent bis 2025 stabilisiert werden soll. Der  
160 Beitragssatz soll nicht über 20 Prozent steigen. Aktu-  
161 ell liegt er bei 18,6 Prozent. Dies kann aber wirklich nur  
162 der erste Schritt sein.

163 Wir begrüßen die Forderung von Arbeitsminister  
164 Scholz nach einer langfristigen Stabilisierung des Ren-  
165 tenniveaus. Es sei eine Frage des politischen Willens,  
166 eine stabile Rente zu finanzieren, sagte Scholz dem  
167 Hamburger Magazin Stern. "Mich empört, dass Politi-  
168 ker, die jährlich 40 Milliarden Euro zusätzlich für Ver-  
169 teidigung auszugeben bereit wären, laut wehklagen,  
170 sobald es um geringere Summen für die Rente geht",  
171 sagte er.

172 Forderungen:

- 173 • Die gesetzliche Rente ist zu stärken
- 174 • Um eine langfristige Stabilisierung des Rentenni-  
175 veaus zu erreichen, muss der Beitragssatz auf bis zu  
176 25 Prozent angehoben werden
- 177 • Dafür ist der Bundeszuschuss für die Rentenkassen  
178 um rund 30 Milliarden Euro anzuheben
- 179 • Das Rentenniveau ist wieder auf mindestens 50%  
180 anzuheben.
- 181 • Die Beitragsbemessungsgrenze muss drastisch an-  
182 gehoben werden. Wer beispielsweise 8000 oder  
183 9000 Euro monatlich verdient, muss auch für 8000  
184 oder 9000 Euro Beiträge zahlen.
- 185 • Menschen mit geringem Einkommen müssen höhe-  
186 re Altersbezüge erhalten.
- 187 • Wer über ein Erwerbseinkommen verfügt, zahlt oh-  
188 ne Ausnahme Beiträge seinem Einkommen entspre-  
189 chend in die gesetzliche Rentenversicherung ein. (al-  
190 so auch Politiker/innen, Beamtinnen und Beamte,  
191 Selbstständige...)

192 IV. Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung  
193 für alle in Gesundheit und Pflege

194 Nachdem nun endlich die Parität bei der Finanzie-  
195 rung der Sozialversicherung wieder durchgesetzt wur-  
196 de, und die Beiträge wieder gemeinsam von Arbeitge-  
197 bern und Arbeitnehmern finanziert werden, muss nun  
198 als nächster Schritt die solidarische Bürgerversiche-  
199 rung eine gute und pflegerische Versorgung unabhän-  
200 gig vom Einkommen sicherstellen. Eine Zwei-Klassen-  
201 Medizin darf es nicht länger geben. Krankheit und  
202 Pflege müssen solidarisch von allen gemeinsam getra-  
203 gen werden, die solidarische Krankenversicherung ist  
204 auf alle Einkommensarten auszuweiten. Jede und je-  
205 der zahlt nach seinem gesamten Einkommen. Beam-  
206 te, Selbständige und Besserverdienende werden Teil  
207 der Solidargemeinschaft. Damit werden insbesondere  
208 Geringverdiener, Alleinerziehende, Familien und Rent-

209 ner unterstützt, da sich die dann mögliche Absenkung  
210 des Beitragssatzes unmittelbar bei ihnen, aber auch  
211 bei den Arbeitgebern auswirkt. Höhere Beiträge ha-  
212 ben alle diejenigen zu entrichten, die über hohe Zins-  
213 einkünfte und zusätzlichen Einkommen aus selbstän-  
214 digen Arbeit verfügen. Gute Gesundheitsversorgung  
215 darf nicht vom Einkommen abhängen. Deswegen ist  
216 die Bürgerversicherung als gesetzliches Krankenkas-  
217 sensystem für alle einzuführen.

218 Es ist gut, dass endlich auch wieder in der SPD ent-  
219 scheidende gesellschaftliche Debatten geführt wer-  
220 den. Ein eigenständiger programmatischer Diskurs  
221 mit Perspektiven über den Tag hinaus ist keine Schwä-  
222 che, sondern Voraussetzung für eine starke Sozialde-  
223 mokratie!